Nach spanischer und US-amerikanischer Herrschaft besetzt Japan die Philippinen (Teil II)
Im zweiten Teil der siebenteiligen Serie zur Vorgeschichte, zum Verlauf und zu den Vermächtnissen des Zweiten Weltkriegs in Ost- und Südostasien beschäftigt sich unser Autor **Rainer Werning** mit der Herrschaft Japans über den philippinischen Archipel.

Vorbemerkung
75 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs in Ost- und Südostasien – Vorgeschichte, Verlauf, Vermächtnisse lautet der Titel dieser siebenteiligen Artikelserie ***von Rainer Werning****, die die NachDenkSeiten innerhalb dieses Jahres in regelmäßigen Abständen veröffentlichen.*

Lesen Sie bitte auch den ersten Teil der Reihe.

Unterdrückung, Revolten und bewaffneter Widerstand sind eine Konstante in der philippinischen Geschichte. Das war so während der annähernd 350-jährigen Kolonialzeit unter den Spaniern, die 1898 endete. Und das war so in dem halben Jahrhundert der sich anschließenden US-amerikanischen Kolonialära. Jahre vor dem Ersten Weltkrieg hatten die imperialen USA in dem bis dahin größten Massaker die Zivilbevölkerung in ihrer einzigen Kolonie Asiens „befriedet“. Während des Zweiten Weltkriegs opponierten die Filipinos erst recht gegen die neue Kolonialmacht Japan, dessen Truppen die Inseln nur wenige Stunden nach dem Angriff auf Pearl Harbor am 8. Dezember 1941 besetzten. Es waren einheimische Guerillagruppen, die die Hauptlast dieses Kampfes trugen. Umso bitterer war die Enttäuschung, als 1945 die nach 1898 „zweimaligen Befreier“ Täter in Opfer verwandelten und die eigentlichen Widerstands- und Befreiungskämpfer als „Banditen“ und „kommunistische Aufrührer“ denunzierten und verfolgten. Die (Re-)Kolonialisierung der Kolonialisierten in einer Neokolonie von Washingtons Gnaden war das Markenzeichen der Nachkriegspolitik in diesem Teil Südostasiens – *RW*.

Der Traum von der großen weiten Welt

> „Geradewegs hinter den Philippinen liegen Chinas schier unermesslichen Märkte. Wir werden unseren Teil in der Mission unserer von Gott geschützten Rasse bei der Zivilisierung der Erde beitragen. Wo werden wir die Abnehmer unserer Produkte finden? Die Philippinen geben uns einen Stützpunkt am Tor zum Osten.“
> Der aus dem US-Bundesstaat Indiana stammende republikanische Senator Albert Jeremiah Beveridge am 9. Januar 1900 in einer Rede vor dem US-Kongress

Vor etwa 130 Jahren entbrannte in den USA ein heftiger Streit um die politische Zukunft des Landes. Die Frage war: Sollten die Amerikaner Kolonien erobern oder sich mit ihrem eigenen großen Land zufrieden geben? „Wir müssen unserem Blut gehorchen und neue Märkte und, wenn nötig, neue Gebiete in Besitz nehmen.“ Dies verkündeten Befürworter der Kolonialpolitik, während die Gegner für außenpolitische Zurückhaltung plädierten. Zu ihnen gehörte Samuel Langhorne Clemens, uns besser bekannt als Mark Twain, Autor solcher Bestseller wie „Die Abenteuer des Huckleberry Finn“ und „Tom Sawyers Abenteuer.“ Als Journalisten von dem 65-jährigen Schriftsteller wissen wollten, ob er tatsächlich Antiimperialist sei, antwortete er:

> „Sie fragen mich, was Imperialismus bedeutet. Ich genieße nicht den Vorteil, genau zu wissen, ob sich unser Volk über den gesamten Globus ausbreiten will. Strebte es danach, würde ich das sehr bedauern. Ich hingegen meine, es ist weder klug noch eine notwendige Entwicklung, in China oder in anderen Ländern, in denen wir nichts zu suchen haben und die uns nicht gehören, Flagge zu zeigen.“

Bis Ende des 19. Jahrhunderts waren amerikanische Siedler bis an die Westküste vorgedrungen. Seit etwa 1890 wurde es laut um den Stillen Ozean. Die Weite dieses größten Weltmeeres beflügelte weit schweifende, zunehmend hitzigere Debatten: Sollten die Amerikaner dieses Meer – mit Berufung auf den Herrn – zur amerikanischen See machen? Diese Streitfrage spaltete die Vereinigten Staaten in so genannte „Isolationisten” und „Interventionisten” oder auch „Imperialisten”. Erstere meinten, die USA genügten sich selbst und ihr Territorium stelle einen ausreichend großen Binnenmarkt dar. Die Befürworter eines Imperialismus waren Leute höchst unterschiedlicher Provenienz – Geistliche, Politiker, Geschäftsleute und Intellektuelle –, die im Wettstreit mit den europäischen Kolonialmächten ja nicht zu kurz kommen wollten.

Der amerikanische Historiker Richard Hofstadter hat in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Politik und Gedankenwelt in den Vereinigten Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts analysiert und gezeigt, wie sehr die amerikanische Politik von einem unerschütterlichen Sendungsbewusstsein bestimmt wurde. Hofstadter, Professor an der Columbia University in New York, beschrieb die tiefe psychische Krise, die das Land seit 1890 erfasste, als die Expansion der Binnengrenzen abgeschlossen war. In jenen Tagen trieb Politiker, Intellektuelle und Geschäftsleute gleichermaßen die Angst um, nun buchstäblich an ihre eigenen Grenzen gestoßen zu sein.

Der Drang in den „Wilden Westen“ beruhte auf der ungestümen wirtschaftlichen Entwicklung an der Ostküste der Vereinigten Staaten. Die Industrialisierung beschleunigte die Konzentration und Expansion von Kapital, das nun lukrative Anlagemöglichkeiten und neue – notfalls auch fremde – Märkte suchte. Stellvertretend für die Imperialisten hatte Theodore Roosevelt, noch bevor er 1901 Präsident wurde, offen erklärt: „Ein gerechter Krieg ist für die Seele des Menschen besser als der Frieden im größten Wohlstand.“

Der einzige ernst zu nehmende Konkurrent der aufstrebenden Vereinigten Staaten war Spanien, das sich seit dem 16. Jahrhundert in Südamerika, in der Karibik und in den Philippinen als Kolonialmacht festgesetzt hatte. Um 1900 jedoch war Spaniens Imperium bereits beträchtlich geschrumpft, frühere Kolonien wie Mexiko und Argentinien längst unabhängig. Lediglich Puerto Rico, Kuba, die Inseln Guam und die Philippinen im Pazifischen Ozean befanden sich noch in spanischem Besitz. Doch auch in diesen Regionen schwächten antikoloniale Revolten die einst sieggewohnten Konquistadoren. Die Herrschaft brutaler Militärs und raffgieriger Mönchsorden wankte, zudem war die spanische Flotte hoffnungslos veraltet. So verwunderte es nicht, dass die von den USA sozusagen vor ihrer Haustür gesuchte Konfrontation mit dem iberischen Rivalen – der Spanisch-Amerikanische Krieg – nicht einmal vier Monate dauerte.

Am 15. Februar 1898 erhitzte ein ungeheuerlicher Vorgang in den Gewässern vor der kubanischen Hauptstadt Havanna die Gemüter in den Vereinigten Staaten. Das amerikanische Kriegsschiff USS Maine flog buchstäblich in die Luft. Für amerikanische Militärs und Politiker stand außer Frage: Die Spanier hatten einen Sabotageakt verübt. Jedenfalls lieferte das Schicksal der Maine den Vorwand, endlich gegen die spanische Kolonialmacht loszuschlagen. „Remember the Maine!” – „Erinnert Euch an die Maine!” – wurde zum gängigen Schlachtruf der Interventionisten. Innerhalb weniger Wochen erlangten US-amerikanische Marineverbände und Bodentruppen die Oberhoheit über Kuba und verleibten sich Puerto Rico ein. Gleichzeitig annektierten sie im Pazifik das bisher unabhängige Hawaii und die Insel Guam, während das Pazifikgeschwader unter dem Kommando von Admiral George Dewey die spanische Flotte in der Bucht von Manila aufrieb. Die Hoffnungen der antispanischen Revolutionäre, die mächtigen USA stünden ihnen in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit zur Seite, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil: Die Vereinigten Staaten avancierten selbst zu einer Kolonialmacht.

Glühende Imperialisten wie der erwähnte Senator Beveridge interessierte nicht, dass der philippinische General und damalige Revolutionär Emilio Aguinaldo bereits am 12. Juni 1898 die erste Republik Asiens ausgerufen hatte. (Später legte derselbe Aguinaldo den Treueid auf das Sternenbanner ab und huldigte die USA als „machtvolle Hüterin“ seiner Heimat, der Auftakt einer Serie fataler Kollaboration.) Pech für die Filipinos; diese

Unabhängigkeit war kurzlebig, weil sie in ein politisches Machtvakuum fiel. Die Fernostflotte der U.S. Navy hatte zwar einige Wochen zuvor binnen weniger Stunden des 1. Mai 1898 die maroden spanischen Kriegsschiffe in der Manila-Bucht außer Gefecht gesetzt. Doch erst Ende Juni betraten US-amerikanische GIs philippinischen Boden – faktisch also ein unabhängiges Land. Auf der Friedenskonferenz in Paris wurde im Dezember 1898 vereinbart, dass Washington den Spaniern als Trostpreis für den Verlust der Philippinen 20 Millionen Dollar zahlte. Wenige Wochen zuvor hatte der damalige amerikanische Präsident William McKinley in einer Ansprache an eine Gruppe protestantischer Geistlicher begründet, warum sich die USA der philippinischen Inseln bemächtigten:

> „In Wahrheit wollte ich die Philippinen nicht, und als wir sie als Geschenk der Götter bekamen, wusste ich nichts mit ihnen anzufangen. Ich lief Abend für Abend bis Mitternacht im Weißen Haus umher; und ich schäme mich nicht zu gestehen, dass ich niederkniete und den Allmächtigen mehr als einmal um Licht und Führung anging. Und eines Abends spät dämmerte es mir:
>
> Erstens, dass wir sie nicht an Spanien zurückgeben könnten – das wäre feige und unehrenhaft;
>
> Zweitens, dass wir sie nicht Frankreich oder Deutschland – unseren Handelsrivalen im Osten – überlassen konnten; das wäre schlechter Geschäftsstil und diskreditierend;
>
> Drittens, dass wir sie nicht einfach sich selbst überlassen konnten; sie waren nicht reif für die Selbstregierung, sie hätten dort bald Anarchie und eine schlimmere Misswirtschaft gehabt, als es die spanische war;
>
> Viertens, dass uns nichts übrig blieb, als die Filipinos zu erziehen, sie emporzuheben, zu zivilisieren und zu christianisieren und mit Gottes Gnade das Beste für sie zu tun wie für unsere Mitmenschen, für die Christus ebenso gestorben ist.
>
> Dann ging ich zu Bett und schlief ein und hatte einen gesunden Schlaf. Am nächsten Morgen ließ ich dann den Chefingenieur des Kriegsministeriums, unseren Kartographen, rufen und befahl ihm, die Philippinen auf die Landkarte der Vereinigten Staaten zu setzen, und dort sind sie, und dort werden sie bleiben, solange ich Präsident bin.”

„Wohlwollende Assimilierung“

Mit dieser Offenbarung – einer Mischung aus kapitalistischem Sendungsbewusstsein, Rassismus und Überlegenheitswahn – leugnete der Präsident schlichtweg die knapp 350-jährige Kolonialherrschaft des christlichen Spanien. Geleugnet wurden auch die eigenen imperialistischen Interessen und fortan verbrämt als *benevolent assimilation*. Zu dieser „wohlwollenden Assimilierung“ gehörte auch, dass die neuen Besatzer auf den Philippinen das amerikanische Englisch als Amtssprache im Bildungs-, Geschäfts- und Verwaltungsbereich durchsetzten und willfährigen Filipinos das Studium in den USA ermöglichten. Außerdem bauten die US-Militärs dort die größten Stützpunkte außerhalb der Vereinigten Staaten auf und schufen unter dem Befehl des amerikanischen Generals Arthur MacArthur eine philippinische Armee. Die allerdings musste sich damit begnügen, für die US-Streitmacht im Lande Hilfsdienste als Späher, Träger oder Informanten zu leisten.

Die amerikanischen Militärs betraten im Sommer 1898 ein unabhängiges Land, die erste freie Republik Asiens. Die Bevölkerung leistete auch den neuen Kolonialherren erbitterten Widerstand. Um diesen zu brechen, begannen amerikanische Truppen mit der so genannten „Befriedung“ der Inseln: Die Folge war der Amerikanisch-Philippinische Krieg. Er begann Anfang Februar 1899 und endete nach der offiziellen Geschichtsschreibung dreieinhalb Jahre später. Im Süden der Philippinen, in der Sulu-See und auf der Insel Mindanao, deren Bevölkerung vorwiegend muslimisch war und die die Spanier abschätzig „Moros“ genannt hatten, dauerte die amerikanische „Befriedung“ bis 1916.

„Es wird notwendig sein“, hieß es beispielsweise im Jahresbericht 1903 des US-Divisionskommandeurs Generalmajor George W. Davis, *„nahezu sämtliche Bräuche auszumerzen, welche bislang das Leben der Moros auszeichneten. Solange der Mohammedanismus vorherrscht, kann der angelsächsischen Zivilisation nur mühsam der Weg geebnet werden.“*

In dem bis dahin größten Kolonialmassaker in Südostasien wurde die damals gut sechs Millionen Menschen zählende Bevölkerung der Philippinen buchstäblich dezimiert. Einige Schätzungen sprechen sogar von über eine Million niedergemetzelter Filipinos. Es war der erste Guerillakrieg in Asien. Auf seinem Höhepunkt band er den Löwenanteil der gesamten US-Streitkräfte auf den Inseln, etwa 126.000 GIs, von denen 4.200 getötet und über 2.000 verwundet wurden. Im besonders „unruhigen Süden“ des Archipels gingen Generäle wie Leonard Wood und John Joseph Pershing als „Schlächter der Moros“ in die Annalen ein. Sie waren für Massaker verantwortlich, denen vor allem die Zivilbevölkerung auf der Insel Jolo zum Opfer fiel. (Offensichtlich wussten die späteren Nato-Strategen um die Durchschlagskraft Pershings; Ende der 1970er Jahre diente der General als Namensgeber

jener Raketen, die, zusammen mit Cruise Missiles, zur „Nachrüstung“ in Westeuropa disloziert wurden.)

Während des Amerikanisch-Philippinischen Krieges erprobte die neue Kolonialmacht sämtliche Methoden der „Aufstandsbekämpfung“, die in späteren Kriegen in Korea, Vietnam, Laos und Kambodscha „verfeinert“ wurden – von Nahrungsmittelblockaden bis hin zum „strategic hamletting“, der Errichtung „strategischer Weiler“. Dadurch sollten die Außenkontakte von Menschen in einer bestimmten Region eingeschränkt beziehungsweise genau überwacht werden. Zu diesem Zweck wurde das Gebiet streng patrouilliert, mit Stacheldraht umzäunt und die Bevölkerung angewiesen, eine Seitenwand ihrer – meist aus Bambus oder Nipa gefertigten – Häuser zu entfernen, um diese „durchsichtig“ zu machen. Ziel war es, die Zivilbevölkerung von potenziellen „Aufrührern“ und „Banditen“ zu trennen. Später nannte man dies: „der Guerilla das Wasser abgraben“. Zur Abschreckung und um den Widerstand der Filipinos zu brechen, erließ die Kolonialverwaltung besondere Gesetze, um auch das Hissen der früheren Nationalflagge und das Singen patriotischer Lieder zu unterbinden. Zuwiderhandlungen wurden schwer bestraft.

Im Mutterland selbst war diese Art der Außenpolitik keineswegs unumstritten. Im Sommer 1899 veröffentlichte der Publizist George Ade in der Wochenzeitschrift Chicago Record seine *Stories of Benevolent Assimilation*. Darin persiflierte er seine sendungsbewussten und kriegsbegeisterten Landsleute. Er mokierte sich darüber, dass amerikanische Landsleute den Filipinos unbedingt mit Löffel und Gabel Essmanieren beibringen wollten, sie mit klobigen, lächerlich wirkenden Möbelstücken beglückten und sie die Absurdität lehrten, in der tropischen Hitze Korsetts zu tragen. Scharfe politische Proteste gegen den Krieg in den Philippinen hagelte es auch seitens der rührigen Antiimperialistischen Liga. Vizepräsident war von 1901 bis zu seinem Tode 1910 der mittlerweile berühmte Schriftsteller Samuel Langhorne Clemens alias Mark Twain. Er begründete seine Haltung mit den Worten:

> „Noch vor einem Jahr war ich kein Antiimperialist. Ich dachte, es sei eine großartige Sache, den Filipinos ein großes Stück an Freiheit zu geben. Heute allerdings glaube ich, es ist besser, dass die Filipinos sich selbst darum kümmern.“

Anfangs hatte Mark Twain den Spanisch-Amerikanischen Krieg ausdrücklich begrüßt. Von ihm versprach er sich Hilfe für die kubanischen Revolutionäre in ihrem Kampf gegen die verhassten Spanier. Später aber fand die amerikanische Kriegführung in den Philippinen in Twain einen unerbittlichen Gegner. Mit ätzender Kritik attackierte er diesen Waffengang,

der außerhalb der USA die Werte zerstörte, die in den Staaten selbst als unantastbar galten. Im New York Herald schrieb Mark Twain über den Friedensvertrag von Paris, durch dessen Kolonialschacher die Philippinen als ehemalige spanische Kolonie in amerikanisches „Eigentum“ übergegangen waren:

> „Sehr sorgfältig habe ich den Vertrag von Paris gelesen und ich erkannte, dass wir keineswegs beabsichtigen, die Philippinen zu befreien, sondern deren Bevölkerung zu unterwerfen. Wir gingen dorthin, um zu erobern, nicht um zu erlösen. Wie ich es sehe, sollte es unsere Freude und unsere Pflicht sein, die Bevölkerung zu befreien und sie ihre eigenen Probleme auf ihre eigene Art lösen zu lassen. Ich bin dagegen, dass der Adler seine Krallen auf ein anderes Land setzt.“

Berichte über das Gemetzel in den Philippinen machten auch Schlagzeilen in der US-Presse. Vor allem waren es Kommandanten wie Jacob H. Smith, die Empörung auslösten. Dieser Befehlshaber, der den Spitznamen „Bloody Jake“ – „Blutiger Jakob“ – trug, hatte auf der zentralphilippinischen Insel Samar unter anderem den Tagesbefehl ausgegeben: *„Plündern, morden und niederbrennen sollt Ihr. Je mehr Ihr das tut, desto größer wird mein Wohlgefallen sein.“* Der Industrielle Andrew Carnegie, wie Twain ein weiteres prominentes Mitglied der Antiimperialistischen Liga, erinnerte sarkastisch an Präsident McKinleys Versprechen, die Filipinos zu zivilisieren und zu christianisieren: „Über 8.000 von ihnen sind bereits vollständig zivilisiert und in den Himmel geschickt worden.“ Es war das historische Verdienst der Liga, die eigene Bevölkerung über die Geschehnisse in Amerikas junger Kolonie in Asien umfassend informiert zu haben. Vor allem ihr Vizepräsident Mark Twain galt im letzten Jahrzehnt seines Lebens als einflussreichster Antiimperialist. Nicht nur in Zeitungsartikeln, auch in seiner Autobiographie ging der Schriftsteller hart mit den Imperialisten unter seinen Landsleuten ins Gericht:

> „Der Wahlspruch unseres Landes ist ‘In God we trust’ und jedes Mal, wenn wir dieses schöne Wort auf einer Dollarmünze lesen, scheint es, als bebte und winselte es vor Rührung. Das ist unser öffentliches Motto. Unser privates ist offenbar: ‚Wenn der Angelsachse etwas haben will, nimmt er sich´s einfach.‘“

Dass der Autor des „Huckleberry Finn“ so vehement gegen die politische Führung seines Landes opponierte, war seinen – letztlich mächtigeren – Gegnern ein Dorn im Auge. Diese

setzten nach dem Tod des streitbaren Publizisten alles daran, das letzte Jahrzehnt seines Schaffens im Gedächtnis seiner breiten Leserschaft und Bewunderer zu tilgen. Die meisten Biographien über Mark Twain klammern seine aktive Zeit in der Liga einfach aus. Lebte er heute noch, hätte er als selbsterklärter Antiimperialist denkbar schlechte Karten.

Verschobene Unabhängigkeit trotz Vasallentreue

Zunächst von einer US-amerikanischen Militärregierung verwaltet, ging Washington später dazu über, an die Spitze der Exekutive auf den Inseln einen Gouverneur zu stellen. Die legislative, lediglich mit begrenzten Befugnissen ausgestattete Versammlung wurde mit Filipinos besetzt, die im Geiste der Kolonialmacht erzogen worden waren und sich deren Idealen mehr als den sozialen Forderungen ihrer eigenen Landsleute nach Land und Reis verpflichtet fühlten. Zu diesen Führungspersönlichkeiten der philippinischen Elite zählten fortan Manuel L. Quezon und Sergio Osmeña von der Nationalistischen Partei. Während des Ersten Weltkriegs dienten 6.000 Filipinos in der U.S. Navy, weitere 4.000 Filipinos, die auf Hawaii lebten, traten der US-Armee bei. Die Philippinen boten den USA neben Soldaten auch ein Unterseeboot und einen Zerstörer an. Filipinos zeichneten außerdem die Kriegsanleihe Liberty Bonds in einer Höhe von zirka 40 Mio. Peso. Eine Million Peso spendeten sie an das US-amerikanische Rote Kreuz.

Die politische Elite der Kolonialisierten vollzog demonstrativ Kotaus, während sich die Kolonialmacht darin bestätigt sah, in diesem Teil Asiens einen dauerhaften, wenngleich noch nicht eigenständigen Verbündeten gefunden zu haben. Das *Tydings-McDuffie-Gesetz* legte 1934 die Grundlage für die Schaffung einer Commonwealth-Regierung, die das Land nach einer Übergangszeit von zehn Jahren schließlich in die Unabhängigkeit führen sollte. Erster Präsident des ein Jahr später entstandenen Commonwealth of the Philippines wurde Manuel L. Quezon, sein Stellvertreter war Sergio Osmeña. Die Philippinen genossen somit weitgehend innere Autonomie, allerdings mussten die in Manila verabschiedeten Gesetze weiterhin vom Weißen Haus und dem US-Senat gebilligt werden. Auch mit Beginn der Commonwealth-Ära behielten die USA die Kontrolle über sämtliche wichtigen Industrien der Inseln. Vor allem der Handel mit solchen Exportprodukten wie Zucker, Hanf und Kopra blieb fest in ihrer Hand. Der amerikanische Hochkommissar hatte derweil die Oberaufsicht über Finanzen, Verteidigung und internationale Beziehungen.

Ein großes soziales Problem vor wie während der Commonwealth-Ära waren die extrem ungleichen Boden- und Besitzverhältnisse im Lande und die daraus resultierende Armut der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung. Die großen Ländereien, die vormals engen Vertrauten der spanischen Krone und Mönchsorden gehört hatten, wurden von den Amerikanern entweder aufgekauft oder entschädigungslos neuen Eigentümern übertragen.

Repräsentanten der philippinischen Oberschicht, die auch vor der Ankunft der neuen Kolonialherren über Grund und Boden verfügt hatten, konnten sich unter ihnen nochmals bereichern. Denn erstmalig entstanden Katasterämter, wo in erster Linie die Begüterten und die des Lesens und Schreibens Kundigen ihre tatsächlichen oder/und auch fingierten Landtitel gegen eine Gebühr offiziell registrieren, sich somit rechtsverbindlich als Eigentümer ins Grundbuch eintragen lassen konnten. Die Masse der Filipinos, Kleinbauern und Pächter, blieb arm wie eh und je. Für sie bedeuteten Wechsel an der politischen Spitze des Landes belanglose Machtrochaden. Hatte nicht der Präsident der ersten, kurzlebigen Republik, General und Supremo Emilio Aguinaldo, seine revolutionären Ideale wenig später preisgegeben und sich mit den neuen Herren des Landes arrangiert?

Was den Bauern unter den Nägeln brannte und sie bedrückte, waren Pachtraten, die in einigen Regionen des Landes Abgaben von bis zu 75 Prozent ihrer durchschnittlichen Ernteerträge vorsahen. Wenngleich die Commonwealth-Regierung unter Präsident Quezon die politische Brisanz dieser ungelösten Probleme erkannte und Ende der 1930er Jahre eine umfassende Sozialreform ankündigte, blieben tatsächliche Reformen aus. Die Folge: Widerstand und Protest gegen die Regierung radikalisierten sich. Ende 1938 vereinigte sich die seit ihrer Gründung im Jahre 1930 verbotene Kommunistische Partei mit der 1932 entstandenen Sozialistischen Partei unter Führung von Pedro Abad Santos zur Kommunistischen Partei der Philippinen (Partido Komunista ng Pilipinas; PKP). Sie verband die soziale Forderung nach einer Land- und Agrarreform mit dem politischen Appell, die Landesverteidigung zu stärken, um gegen einen potenziellen japanischen Angriff gewappnet zu sein. Für den PKP-Vorsitzenden Crisanto Evangelista und die Parteiführung waren dabei die Entwicklungen in China entscheidend, wo die japanischen Truppen nach dem Nanking-Massaker um die Jahreswende 1937/38 ihren Vormarsch gegen andere chinesische Städte fortsetzten und ihre Aggression gegen das Land ausweiteten.

Beschwichtigung, psychologische Kriegführung, bewaffneter Widerstand …

Wie die Briten in Singapur, so hielt sich auch der US-Generalstab in den Philippinen unter dem Oberbefehl von Douglas MacArthur (Sohn des Ziehvaters der philippinischen Streitkräfte, Arthur MacArthur) für unbesiegbar. Gingen die Briten davon aus, dass ihre „Festung Singapur“ an der Südspitze Kontinentalsüdostasiens uneinnehmbar sei und sie mit diesem regionalen Handelszentrum und Militärstützpunkt die als Öltanker-Route strategisch bedeutsame Malakka-Straße konkurrenzlos kontrollierten, so glaubte sich die Führung der *United States Armed Forces in the Far East (USAFFE)* in den Philippinen gleichsam fest im Sattel. Auch MacArthur hatte die in der Bucht von Manila gelegene Insel Corregidor mehrfach als „unbezwingbare Festung“ gepriesen. Beide Seiten irrten auf fatale Weise; beide vermeintlich uneinnehmbare Festungen wurden nicht nur – ein Debakel für den

britischen und US-amerikanischen Generalstab – handstreichartig von japanischen Truppen eingenommen. Insgesamt erwiesen sich die vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor öffentlich mehrfach als stabil bezeichneten Verteidigungslinien als überaus porös.

In einer Zangenbewegung landeten bereits einen Tag nach dem Angriff auf Pearl Harbor, am 8. Dezember 1941, Truppen der Kaiserlich Japanischen Armee auf Mindanao und in Nordluzon. Wenig später fielen die ersten Bomben auf die Hauptstadt Manila, die bereits am 2. Januar 1942 eingenommen wurde. Von hier aus eröffneten die japanischen Verbände ihre Offensive gegen die beiden letzten Bastionen der USAFFE – die Festungsinsel Corregidor in der Manila-Bucht und den Bergdschungel auf der Bataan-Halbinsel. Auf Corregidor und Bataan erlitten die USAFFE hohe Verluste, während Präsident Quezon und General MacArthur zwischenzeitlich nach Australien geflohen waren. Der Kapitulation der philippinisch-amerikanischen Truppen am 9. April 1942, dem so genannten „Fall von Bataan“, folgte der Todesmarsch von 76.000 Kriegsgefangenen, darunter etwa 10.000 US-Soldaten, von Mariveles auf Bataan ins über 100 Kilometer entfernt gelegene Camp O’Donell und andere japanische Konzentrationslager in und um Capas in der Provinz Tarlac. Allein während dieses zehntägigen Marsches kamen etwa 10.000 Kriegsgefangene ums Leben. Sie starben entweder an Erschöpfung oder wurden im Falle von Befehlsverweigerung oder bei Fluchtversuchen von ihren Bewachern umgebracht. Kurz darauf, am 6. Mai, ergaben sich auch die etwa 13.000 Überlebenden auf Corregidor, wo sich seit Dezember 1941 der provisorische Sitz der Commonwealth-Regierung befunden hatte, den überlegenen japanischen Truppen.

Ebenfalls im Zentrum der Insel Luzon, der traditionellen Reiskammer des Landes, und nicht weit von Capas entfernt hatte sich fast zeitgleich mit dem „Fall von Bataan“, am 29. März 1942, eine bewaffnete Formation gebildet, die sowohl während des Krieges als auch im ersten Nachkriegsjahrzehnt von sich reden machte – die auf Initiative der Kommunistischen Partei (PKP) gegründete Antijapanische Volksarmee (*Hukbo ng Bayan Laban sa Hapon*, *kurz: Hukbalahap beziehungsweise Huk*). Ihre Ziele: bewaffneter Widerstand gegen die japanischen Besatzer; Kampf für die Unabhängigkeit des Landes und die Umwälzung der ungleichen Boden- und Besitzverhältnisse. Letztere schloss eine umfassende Agrarreform ein, in deren Prozess das Land denen übereignet werden sollte, die es bebauten – also den Kleinbauern und Pächtern in den von feudalem Großgrundbesitz geprägten Regionen Luzons. Das war eine Kampfansage an drei Gegner zugleich: die Japaner, die die Inseln wegen ihrer reichen mineralischen Bodenschätze und Reis auf Dauer in ihre „Größere Ostasiatische Gemeinsame Wohlstandssphäre“ integrieren wollten; die de jure noch immer dominante Kolonialmacht USA und schließlich an die einheimische Oberschicht, die sich dem amerikanischen Big Business als Kompradoren angedient hatte und gleichzeitig

landesweit über ausgedehnten Grundbesitz verfügte.

Eine der ersten Maßnahmen der Hukbalahap bestand darin, die Bevölkerung in ihren Operationsgebieten zu bewaffnen. So entstanden auf lokaler Ebene die Vereinten Barrio-Verteidigungskorps (*Barrio United Defense Corps; BUDC*) als Organisationen kollektiver Abwehr gegen japanische Übergriffe. Da zahlreiche Grundbesitzer wegen der Kriegswirren ihren Grund und Boden verlassen hatten und in größere Städte, vorzugsweise nach Manila, geflüchtet waren, gelang es den Huks vielerorts relativ reibungslos, diese Ländereien Pachtbauern zu überlassen oder gemeinschaftlich zu bewirtschaften. Wo dies nicht möglich war, setzten sich bewaffnete Huk-Verbände zumindest für die Reduzierung vormals exorbitanter Pachtabgaben ein. Diese Politik fand in der Bevölkerung großen Rückhalt und ermöglichte es den Partisanen, sich ausreichend mit Lebensmitteln und militärischem Nachschub zu versorgen. Ein weiterer Schritt der Guerilla bestand darin, schrittweise die politischen und Verwaltungsstrukturen auf dem Lande umzukrempeln. In den Provinzen Pampanga, Tarlac, Nueva Ecija, Bulacan, Rizal und Laguna, die die Metropole Manila im Norden, Osten und Süden umschlossen, vermochten die Huks die Regierungsapparate, angefangen von kleinen Verwaltungsangestellten in Postämtern bis hin zum Provinzgouverneur, mit eigenen Leuten oder Sympathisanten zu besetzen.

Die Bevölkerung in den von den Huks kontrollierten Gebieten begrüßte diese Entwicklung und sah ihre Interessen durch die neu besetzten politischen und Verwaltungsapparate legitim vertreten. Die Huks waren überdies imstande, die öffentliche Ordnung zu garantieren sowie Plünderungen und Schwarzmarktgeschäfte zu unterbinden, die in anderen Regionen an der Tagesordnung waren. Schätzungsweise 5.000 Japaner kamen bei Kampfhandlungen mit Huk-Einheiten ums Leben. Eine weitaus größere Zahl von eigenen Landsleuten schalteten die Huks aus, weil sie sie für Kollaborateure, Verräter oder ideologische Feinde hielten. Innerhalb der Huk-Verbände existierte mit der „Wa Chi“-Einheit auch ein aus Chinesen beziehungsweise chinesischstämmigen Filipinos gebildeter Trupp, der hauptsächlich in den Provinzen Bulacan und Laguna operierte. International unterhielt die Hukbalahap Beziehungen zum Büro der Kommunistischen Internationale (Komintern) in Moskau sowie zu Einheiten der Chinesischen Volksbefreiungsarmee.

Vor und während der Invasion hatte die japanische Propaganda noch die rassische und kulturelle Einheit der Völker Asiens beschworen und auch den Filipinos die Befreiung von der amerikanischen Kolonialherrschaft versprochen. Besonders beliebt und verbreitet im Rahmen dieser gezielten psychologischen Kriegführung war der Abwurf von Propagandamaterial aus Flugzeugen. Vielfach handelte es sich dabei um mehrfarbige Postkarten, die im Kern zwei Hauptbotschaften vermittelten: Zum einen sollte innerhalb der Bevölkerung Hass und Widerstand gegen den „weißen“ beziehungsweise „westlichen

Imperialismus“ geschürt, andererseits die Kampfmoral der US-Truppen im Lande aufgeweicht werden. 1942 hatte die japanische Regierung ein Pamphlet mit dem Titel „Der Größere Ostasiatische Krieg und wir“ veröffentlicht, in dem in idyllischen Bildern das neue Verhältnis zwischen Japan und seinen Nachbarn skizziert und das Bild einer gemeinsamen Großfamilie beschworen wurde. Je enger sich die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen „Familienmitgliedern“ gestalte, so der Tenor der Schrift, desto größer seien die Chancen, schnell und umfassend in den Gesellschaften Ost- und Südostasiens Wohlstand, Frieden und Unabhängigkeit zu verwirklichen. Diese Botschaft wurde immer wieder und variantenreich wiederholt. Die ausländischen Truppen galt es, mit aus der Luft abgeworfenen Postkarten-Botschaften, sie dienten falschen Herren, dazu im fremden Lande, zu traktieren und zu zermürben. So genannte „Striptease“-Serien sollten diesen Soldaten auch zu denken geben, dass sie für eine letztlich sinnlose Sache kämpften und ihr Leben riskierten, derweil sich daheim andere Männer mit ihren Frauen und Freundinnen vergnügten. Auf solchen Postkarten wurde zunächst das Konterfei einer Frau abgebildet. Auf der nächsten Karte erschien dann eine Frau in lasziver Pose. Eine dritte Karte zeigte eine spärlich bekleidete, nur mit einem Schal verhüllte Frau, während eine letzte Karte mit gezeigtem Sexualakt die Serie abschloss.

In den von Huks kontrollierten Gebieten Zentralluzons verfing diese Propaganda ebenso wenig wie im Süden der Inseln, wo die Moros die Japaner genauso erbittert bekämpften, wie sie gegen die spanischen und US-amerikanischen Kolonialisten revoltiert hatten. Lediglich in den größeren Städten des Landes, vor allem aber in der Hauptstadt Manila, gab es Kräfte, die sich mit den neuen Herren bereitwillig arrangierten, und sei es nur deshalb, um nicht Macht und Pfründe einzubüßen. Hier ging es der japanischen Militärverwaltung anfänglich darum, gezielt zu beschwichtigen und sich des Rückhalts entscheidender, noch im Lande verbliebener Persönlichkeiten der Commonwealth-Regierung zu vergewissern. Man versprach, die bestehenden Regierungsstrukturen intakt zu lassen und das Land schrittweise in die Unabhängigkeit zu führen. Der Krieg, so das Kalkül des seit dem 3. Januar 1942 amtierenden Oberbefehlshabers der Kaiserlich Japanischen Truppen in den Philippinen, General Homma Masaharu, sollte wesentlich als Konfrontation zwischen den USA und Japan dargestellt werden, die das Leben der einfachen Filipinos kaum beeinträchtige. Homma selbst unterzeichnete Sicherheitspässe und Kapitulationsurkunden, die kollaborationswilligen Filipinos freies Reisen ermöglichten oder Leute im Interesse der propagierten Politik „Die Philippinen für die Filipinos” zur aktiven Zusammenarbeit mit den japanischen Behörden aufforderte.

Diese Beschwichtigungsstrategie verfing unter den Mitgliedern der städtischen Oberschicht und der politischen Elite, nicht aber im Hinterland. Dort operierten unterschiedliche

Guerillagruppen, häuften sich gewaltsame Übergriffe japanischer Einheiten und blieb die Sicherheits- sowie wirtschaftliche Lage außerordentlich prekär. Diese Situation dauerte faktisch bis zum Ende der japanischen Herrschaft an und durchkreuzte auch die ursprünglichen Pläne Tokios, sich im Rahmen eines militärisch kontrollierten beziehungsweise vom Militär in Auftrag gegebenen Wirtschaftskonsortiums problemlos solcher Bodenschätze wie Kupfer, Eisen, Gold, Chrom und Mangan zu bemächtigen. Ständige Attacken von Guerillaverbänden, Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Arbeitskräften, ungenügende Transportkapazitäten und Ölmangel führten dazu, dass aus den hochgesteckten Zielen, lukratives Business mit der geregelten Versorgung des Mutterlandes zu verbinden, ein Flop wurde.

Das gleiche Schicksal erlitt die Baumwollproduktion. Um eingestellte Baumwollimporte aus den USA und Indien zu kompensieren, war vorgesehen, in den Philippinen und anderen Ländern Südostasiens groß in die Baumwollproduktion einzusteigen, auf diese Weise das angloamerikanische Embargo zu unterlaufen und den gesamtjapanischen Bedarf an diesem Rohstoff zu sichern. Der südphilippinischen Insel Mindanao sollte dabei die Schlüsselrolle zufallen. Hier hatten sich bereits seit den 1920er Jahren vermehrt japanische Staatsbürger niedergelassen (im Volksmund sprach man bereits von einem „Japan-kuo“, „Klein-Japan“), von denen es dem Geschäftsmann Ohta Kyozaburo gelang, die Ohta Development Company in Davao zu etablieren. Dort konzentrierte sich die Firma zunächst auf den Anbau von Abaca (Manilahanf) und weitete ihre Produktpalette (darunter auch Zitrusfrüchte) mit der Gründung weiterer Unternehmen aus – wie der Mintal Plantation Company, Riverside Plantation Company und Talomo River Plantation Company.

Über wirtschaftliche Erwägungen hinaus war Mindanao auch als bedeutsamer Knotenpunkt der japanischen Aufklärung und Spionage interessant, befand sich dort denn auch ein Ableger der über ganz Ost- und Südostasien verteilten Zweige des Kokuryu-kai, der „Schwarzer Drachen”-Gesellschaft, die gemeinsam mit der Genyosha („Dunkler Ozean“-Gesellschaft beziehungsweise „Schwarzer Ozean“-Gesellschaft) der japanischen Armee und Regierung Spionagedienste leisteten und aktiv in Sabotageakte – vor allem in China – verstrickt waren. Dass sich die Mindanao-Connection aus Sicht des japanischen Generalstabs regional nicht intensiver und effektiver nutzen ließ, war darauf zurückzuführen, dass sich die japanische Kolonie in und um Davao hauptsächlich aus Residenten zusammensetzte, die ursprünglich aus Okinawa stammten. Diese galten als ungebildet, „minderwertig“ und, da sie zwischenzeitlich Filipinos oder Filipinas geheiratet hatten, zudem als unsichere Kantonisten. Was nicht ausschloss, dass einige dieser Residenten derartige Ressentiments dadurch kompensierten, dass sie sich als besonders glühende Verehrer ihrer Heimat den japanischen Streitkräften andienten und an ihrer Seite

kämpften.

… und erzwungene „Unabhängigkeit“ mit Tokios Segen

Es gab auch Kräfte in der Gesellschaft, die strikt antiamerikanisch, gleichzeitig aber betont projapanisch eingestellt waren, deren Führer – wie beispielsweise General Artemio Ricarte und Benigno Ramos – früher die Amerikaner als aufständische Offiziere beziehungsweise als Mitglieder sozialrevolutionärer Bewegungen bekämpft hatten. Um sie scharten sich pro-japanische, paramilitärische Freiwilligenverbände wie die „Friedensarmee“, *Makapili* (Abkürzung für „Pro Philippinen”) und *Bisig-Bakal ng Tagala* (Eiserner Arm der Tagalen). Nach dem Krieg wurden die Überlebenden und Sympathisanten dieser Organisationen mit dem Bannfluch gestraft und als sozial geächtete Kollaborateure ins Gefängnis geworfen, während Kollaborateure aus den Reihen der politischen und christlichen Elite mit Glacéhandschuhen behandelt und nahezu ausnahmslos amnestiert wurden.

Da die Japaner mit den Philippinen – eine Besonderheit in der Region – ein vorwiegend katholisches Land besetzt hatten, mussten sie anfänglich mit Rücksichtnahme auf die katholische Kirchenhierarchie und die Stimmung innerhalb der Bevölkerung auf entsprechende Personen aus ihrem eigenen Umfeld zurückgreifen. So schuf der japanische Generalstab eigens eine *Religiöse Abteilung*, die von christlichen Kirchenmännern und Laien aus Japan gebildet wurde. Diese besuchten landesweit Kirchen und zelebrierten dort die Messe. Mit Bischof Taguchi aus Osaka gewann die japanische Militärverwaltung einen Mann, der sich um den Zuspruch seitens der katholischen Bischofskonferenz im Lande, die Erarbeitung von neuen Lehrplänen an den Schulen sowie um ein Konkordat mit dem Vatikan bemühte. In den Schulen wurde Japanisch und das Erlernen japanischer Kultur zum Pflichtfach.

Anstelle der früher existierenden politischen Parteien schufen die japanischen Militärbehörden Anfang Dezember 1942 die Einheitsbewegung *Kapisanan sa Paglilingkod sa Bagong Pilipinas* (*kurz: Kalibapi*), die Gesellschaft im Dienste für die Neuen Philippinen. Zu deren Führer wurde Jorge B. Vargas ernannt, der bereits zuvor von General Homma zum Vorsitzenden der Exekutivkommission bestimmt worden war. Generalmajor Mayasi Yoshide wurde erster Direktor der Japanischen Militärverwaltung. Die nationale Regierung wurde umbenannt in Zentrale Verwaltungsorganisation, die ihrerseits von einem eingesetzten Staatsrat assistiert wurde. Die alte Commonwealth-Regierung verlegte Mitte Mai 1942 offiziell ihren Sitz nach Washington. Die Kalibapi und andere neu geschaffene politische Organisationen und Strukturen unterstanden der direkten Kontrolle der japanischen Militärverwaltung und wurden von dieser genutzt, um die Philippinen endgültig in die „Unabhängigkeit“ zu entlassen.

Im Juni 1943 verkündete die Kalibapi, die wesentlich auf Manila beschränkt blieb, die Gründung der Vorbereitungskommission für die philippinische Unabhängigkeit mit Dr. José P. Laurel als Präsidenten. Diese Kommission erarbeitete eine neue Verfassung, die sodann Anfang September von einer Nationalversammlung ratifiziert wurde, deren Generalversammlung Ende desselben Monats José P. Laurel zum Präsidenten der neuen Republik der Philippinen und Benigno S. Aquino zu ihrem Sprecher wählte. Offiziell blieb Laurel Präsident von Japans Gnaden vom 14. Oktober 1943 bis zum 15. August 1945, als er von seinem japanischen Exil aus die japanische Besatzung für beendet erklärte. Anerkannt war diese so genannte Zweite Philippinische Republik außer von den Achsenmächten nur noch von Spanien und dem Vatikan. Laurel, Spross einer angesehenen Familie aus der südlich von Manila gelegenen Provinz Batangas, war von Haus aus Jurist. Nach seinem Studium an der staatlichen University of the Philippines und Yale University wurde er 1925 in den philippinischen Senat gewählt und 1936 zum stellvertretenden Richter am Obersten Gerichtshof des Landes ernannt.

Wie kein anderer politischer Clan auf den Inseln verkörperten Laurel und seine Familie prototypisch bedingungsloses Paktieren mit den jeweils Mächtigen. Unter den Spaniern waren die Laurels zu Ehren gelangt, die US-Amerikaner hofierten sie ebenso ungeniert wie die neuen japanischen Kolonialherren, um danach wiederum ihre Herzen im Takte mit den transpazifischen Siegern schlagen zu lassen. Selbst in der Nachkriegspolitik mischten die Laurels stets an prominenten Stellen mit und betätigten sich, gewichtige Stützpfeiler der Nationalistischen Partei, mehrfach als Königs- beziehungsweise Präsidentenmacher, indem sie – wie im Falle von Ferdinand E. Marcos (1965-86) – Politiker der oppositionellen Liberalen Partei geschickt in ihr Camp bugsierten, die sodann auf deren politischer Plattform siegreich das Rennen machten. Sozusagen als Kriegsbeute ließ sich der philippinische Präsident von Tokios Gnaden von den geschlagenen Truppen des General Yamashita Tomoyuki mit nach Japan bringen. Die Sieger zeigten allerdings Erbarmen. Zwar ließ General MacArthur Laurel aufgrund seiner Kollaboration mit Japan festnehmen und zeitweilig ins Sugano-Gefängnis in der Nähe von Tokio sperren. Doch trotz des Laurels zur Last gelegten Hochverrats und damit verbundener Anklagen in über 130 Fällen wurde dem Politiker kein Haar gekrümmt. Er musste sich nicht vor einem Gericht verantworten, geriet in den Genuss einer Generalamnestie, um bereits 1951 erneut in den Senat der mittlerweile auch von den USA (formal) unabhängigen Republik der Philippinen einzuziehen.

José P. Laurel verstand seine Politik nach der Flucht der Commonwealth-Regierung und General Douglas MacArthurs als aufopferungsvollen Einsatz im Dienste des Volkes, dem er größeres Blutvergießen ersparen wollte. Doch als Präsident eines Vasallenregimes kontrollierte er gerade mal ein Viertel des Landes – meist die größeren Städte einschließlich

ihrer Außenbezirke. Doch in diesem Herrschaftsbereich setzte er sich kompromisslos und vorrangig für die Interessen des japanischen Besatzungsregimes ein. Eine der ersten Amtshandlungen von Präsident Laurel bestand in der Anweisung an alle Reis- und Maisproduzenten, ihre Ernten und Vorräte unverzüglich an Regierungsstellen abzuliefern, damit diese ihren Verpflichtungen nachkommen konnten, die japanischen Truppen mit Lebensmitteln zu versorgen. Den zweiten Jahrestag des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor ließ Laurel durch eine Präsidialverkündigung Anfang 1943 unisono mit den Kriegstrommlern in Tokio als „Tag der Befreiung des Größeren Ostasien“ feiern, an dem sich Japan anschickte, „die orientalischen Völker von der westlichen Herrschaft zu befreien.“ Am 7. Dezember 1943 ließ Präsident Laurel eine Erklärung veröffentlichen, in der er die „doppelte Bedeutung” des neuen Feiertags erläuterte. Dieser Festtag „versetzte nicht nur dem westlichen Imperialismus im Fernen Osten den Todesstoß”, sondern „ebnete gleichzeitig den Weg für die gegenwärtig hervorragende Einheit aller ostasiatischen Völker“. In der fast gleichzeitig übertragenen Rundfunkansprache des japanischen Premierministers Tojo Hideki lautete die Botschaft so: „ Die Anglo-Amerikaner haben keinen anderen Wunsch als den, die anderen Rassen der Erde zu beherrschen, um in Komfort und Luxus zu leben – in starkem Kontrast zu den Aspirationen der Ostasiaten.“

Solche und ähnliche Verlautbarungen, Stellungnahmen und Verfügungen veröffentlichte das in Manila gedruckte englischsprachige Tageblatt „*The Tribune*“. Der Aufmacher des Blattes am 10. Dezember 1943 war in besonders martialischem Ton verfasst: „Die harsche Tatsache, dass der Größere Ostasiatische Krieg nicht nur ein Auszehrungskrieg, sondern auch ein totaler Krieg ist, wird dadurch unterstrichen, dass der Feind gewaltige Verluste hinnehmen muss, die ihm die japanische Armee und Marine zufügen.” Um internationale Unterstützung für den unaufhaltsamen, siegreichen Vormarsch der Kaiserlich Japanischen Truppen zu suggerieren, tauchten in den von der japanischen Militärverwaltung in Manila kontrollierten Medien auch sporadisch Berichte über Treffen in der japanischen Hauptstadt auf, wo auf Konferenzen die unzertrennbare Freundschaft der Größeren Ostasiatischen Familie zelebriert wurde. Die Leitung solcher Treffen lag in den Händen von Marineminister Admiral Shimada Shigetaro, dem Minister für das Größere Ostasien, Aoki Kazuo, sowie Außenminister Shigemitsu Mamoru. Zu den stets geladenen Gästen gehörten neben Laurel die Vasallen aus China, Mandschukuo, Thailand und Burmas Ba Maw auch Subhas Chandra Bose aus Indien.

So rasch es den japanischen Truppen auch gelungen war, die Philippinen militärisch zu besetzen und dort ein ihnen gefügiges Regime zu installieren, so gering blieben von Anfang an ihre Chancen, „Hirne und Herzen“ der Bevölkerung zu gewinnen und sich auf den Inseln dauerhaft festzusetzen. Aufgrund landesweiter Ablehnung, Proteste und bewaffneten

Widerstands waren die neuen Machthaber mitsamt ihrer neuen Regierung nicht einmal in der Lage, das Hauptnahrungsmittel Reis ausreichend produzieren zu lassen, geschweige denn die Preise dafür halbwegs stabil zu halten. Je länger der Krieg dauerte, desto brutaler wurden die Methoden, Reis einzutreiben. Was nicht in die Hände der japanischen Armee gelangte, landete auf dem Schwarzmarkt. So angespannt und desolat war die Lage, dass das Land erst zu Beginn der 1950er Jahre wieder den Vorkriegsstand der Reisproduktion erreichte.

Als General Douglas MacArthur sein früheres Versprechen „Ich werde zurückkehren“ wahrmachte und nach großen japanischen Verlusten im Pazifik sowie im östlichen Teil der Philippinen am 20. Oktober 1944 in Begleitung von Sergio Osmeña, dem Nachfolger des im August 1944 im US-Exil verstorbenen Präsidenten Manuel Quezon, nahe der Stadt Tacloban auf der Insel Leyte an Land ging, betrat er ein weitgehend verwüstetes Land. Bereits wenige Tage später übertrug MacArthur die zivile Kontrolle der wieder von den USAFFE kontrollierten Gebiete dem Commonwealth-Präsidenten. Das Dilemma: Noch regierte in Manila ein Präsident von Tokios Gnaden, während der US-amerikanische Protegé Osmeña selbst nach Einschätzung von Experten des U.S. Army War College in Pennsylvania als schwacher, ineffektiver Politiker galt, dem es im Gegensatz zu seinem Vorgänger überdies an Charisma mangelte.

Zerstörung Manilas – Entwaffnung der Guerilla

> „Von allen Kriegshauptstädten erlitt nur Warschau höhere Schäden als Manila“. General Dwight D. Eisenhower, zit. nach: Robert A. Smith, “Philippine Freedom 1946-1958”, New York: Columbia University Press, 1958, S. 115

Um die Jahreswende 1944/45 rückte der Krieg immer näher an die Hauptstadt. Es dauerte fast den gesamten Februar 1945, bis nach äußerst verlustreichen Straßenschlachten, in denen buchstäblich um jede Häuserzeile gekämpft wurde, die Entscheidungsschlacht in der Nähe des alten spanischen Stadtzentrums Intramuros ausgefochten wurde. Was später als „Befreiung“ Manilas gepriesen wurde, war ein Gemetzel, in dessen Verlauf binnen weniger Tage etwa 100.000 Zivilisten ihr Leben verloren. Als Japan ein halbes Jahr später zur Kapitulation gezwungen wurde, betrug die Zahl der während des Krieges getöteten Filipinos über eine Million, die meisten davon in der erbitterten Endphase des Krieges. Außerdem kamen in dieser Zeit über 60.000 US-Amerikaner und schätzungsweise 300.000 Japaner ums Leben.

Während des Krieges, so belegten es spätere Untersuchungen, waren nicht weniger als 260.000 Filipinos in unterschiedlichen Guerillaorganisationen aktiv, während sich ein noch größerer Teil der Bevölkerung heimlich im antijapanischen Untergrund engagiert hatte. Das erklärte, warum die japanischen Truppen effektiv nie mehr als 12 der damals 48 Provinzen des Landes zu kontrollieren vermochten. Die mit Abstand größte und bedeutendste Guerillaorganisation war die Hukbalahap unter der militärischen Führung von Luis Taruc. Etwa 30.000 Huk-Kämpfer kontrollierten auf dem Höhepunkt der Kampfhandlungen den größten Teil der Insel Luzon. Hätten sich die Huks landesweit verankern können, wäre das sowohl für die Japaner während des Krieges als auch für die US-Amerikaner nach dem Krieg ein gravierendes „Sicherheitsproblem“ gewesen. Bei Kriegsende gingen alle diese Guerillaorganisationen, erst recht die sozialistisch orientierte Hukbalahap, davon aus, zumindest als formidable Kraft im Widerstand gegen die japanischer Besatzer gewürdigt, wenn nicht gar entschädigt zu werden. Mit gutem Grund konnten sie auf die Versprechen hochrangiger US-amerikanischer Politiker und Militärs verweisen, die ihnen sogar eine Gleichbehandlung mit den GIs in Aussicht gestellt hatten.

Umso größer war das Erstaunen, dass einer der ersten Befehle des USAFFE-Chefs MacArthur nach der verlustreichen Einnahme Manilas und noch vor der Kapitulation Japans an die Adresse der Huks gerichtet war, ihre Waffen unverzüglich zu strecken und sie den USAFFE-Einheiten beziehungsweise US-amerikanischen Kommandeuren zu übergeben. Nur vereinzelt und selektiv erhielten Huk-Kämpfer eine Anerkennung und Entschädigung für ihre Dienste und die Chance, sich in die regulären philippinischen Streitkräfte zu integrieren. USAFFE-Veteranen hingegen wurden Jobs in der philippinischen Militärpolizei angeboten, ausgerechnet jenem Segment der philippinischen Sicherheitskräfte, das von den Japanern zur Kontrolle des Hinterlandes eingesetzt worden war. Im Volksmund, erst recht in den von den Huks kontrollierten Gebieten, hießen die USAFFE bald „*Tulisaffe*“ — „tulisan“ in Tagalog heißt „Dieb“, „Räuber“, „Wegelagerer“.

Weigerten sich Huk-Kämpfer, ihre Waffen an zugewiesenen Übergabestellen oder Checkpoints abzugeben, wurden sie als „gesetzlos“ und „Banditen“ gebrandmarkt und entsprechend behandelt. In der Provinz Pampanga umzingelten US-Soldaten Stellungen der Huks und entwaffneten sie gewaltsam. Letztere ergaben sich nur, weil man ihnen mit standrechtlicher Erschießung gedroht hatte. Die Militärpolizei erhielt Order, hochrangige Huk-Kader als „Aufständische“ zu entwaffnen und festzunehmen. Kurzzeitig wurde selbst Luis Taruc gefangen genommen und inhaftiert. Doch Massenproteste und die Befürchtung der US-Streitkräfte, die Sicherheitslage könnte sich in Zentralluzon dramatisch verschlechtern, führten zu seiner alsbaldigen Freilassung. Ein anderes Problem stellten die von den Huks während des Krieges geschaffenen – und vor allem funktionsfähigen –

Gegenstrukturen in Politik und Verwaltung dar. Die Vereinten Barrio Verteidigungskorps (*Barrio United Defense Corps; BUDC*) waren effektiv und volksnah, doch aus Sicht der Commonwealth-Regierung und der USA auf einmal illegal. Die von Letzteren eingesetzten Alternativen waren zwar legal, doch erwiesen sich diese Leute in der Regel als gänzlich unerfahren, korrupt und auf Eigenvorteile bedacht. Ein Dauerkonflikt zwischen den alt-neuen Machthabern und der Guerilla war programmiert. Folgerichtig benannte sich die Hukbalahap Ende der 1940er Jahre um in Volksbefreiungsarmee (*Hukbong Mapagpalaya ng Bayan; kurz: HMB*), die nunmehr die Regierung und US-Streitkräfte auf den Inseln bekämpfte. Erst Mitte der 1950er Jahre – nach Jahren erbitterter Kampfhandlungen, politischer Kooptationen und versprochener Landzuteilungen für Ex-Kombattanten auf der südlichen Insel Mindanao – sollte es Manila gelingen, der Organisation das Rückgrat zu brechen.

Politisches Comeback der Eliten

Ursprünglich hatte die US-Militärführung auf den Inseln gedacht, die Huks würden nach dem Krieg ihre Waffen niederlegen und bereitwillig ins zivile Leben zurückkehren. Ihre eigenen Aktionen führten indes dazu, dass die Hukbalahap und die kommunistische Partei (PKP) kriminalisiert, faktisch verboten und in den Untergrund gedrängt wurden. Selbst die sechs gewählten Abgeordneten der im Sommer 1945 gegründeten Demokratischen Allianz, eines Volksfrontbündnisses, dem unter anderen militante Bauernorganisationen und Gewerkschaften angehörten, wurden daran gehindert, ein Jahr später ihre Sitze im Kongress einzunehmen. Natürlich führte das zu großer Verbitterung unter jenen, die die Speerspitze des antijapanischen Widerstands gebildet hatten. In diese Verbitterung mischte sich Wut darüber, dass die Wohlhabenden und Mitglieder der herrschenden Elite glimpflich behandelt, gar hofiert wurden, obgleich sie sich entweder durch Schwarzmarktgeschäfte schamlos bereichert hatten oder tief in Kollaboration und Korruption verstrickt waren. Diesen gesellschaftlichen Kräften wurde schlichtweg die Integrität und moralische Autorität abgesprochen, sich in der Nachkriegsordnung als legitime Führer darzustellen.

Doch die US-Politik stützte sich auf eben diese alte Elite, um mit ihr nicht nur die alte Commonwealth-Regierung wieder herzustellen, sondern das Land auch in eine Unabhängigkeit zu führen, die die grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Prärogativen Washingtons wahrte. Um das geschmeidig durchzusetzen, stützte sich der „Amerikanische Cäsar“ MacArthur, wie William Manchester den General im Titel seiner 1978 erschienenen MacArthur-Biografie nannte, auf vormals lokale pro-japanische Elemente aus Politik und dem Polizeiapparat, auf eingeflogene „Counterinsurgency“-Strategen, also Experten im Bereich der Aufstandsbekämpfung und psychologischen Kriegführung, und schließlich auf ein US-amerikanisch-philippinisches

Gesetzeswerk, das alledem einen demokratischen Anstrich verleihen sollte. Das Einbinden selbst pro-japanischer Persönlichkeiten in die Gestaltung der Nachkriegsordnung hatte den Vorteil, dass diese Politiker erpressbar, zumindest aber in hohem Maße manipulierbar waren. Das erklärt beispielsweise die politische Karriere von Señor Manuel Roxas, des letzten Commonwealth-Präsidenten und ersten Präsidenten der am 4. Juli 1946 unabhängig gewordenen Republik der Philippinen. (Bezeichnend für den neokolonialen Status des Landes war, dass ausgerechnet deren Unabhängigkeitstag mit dem US-amerikanischen zusammenfiel. Erst in den 1960er Jahren überwand Manila diese Peinlichkeit, indem es fortan den 12. Juni zum Unabhängigkeitstag erklärte – der Tag, an dem General Emilio Aguinaldo im Jahre 1898 die Unabhängigkeit der Inseln von Spanien ausgerufen hatte.)

Manuel Roxas, vor dem Krieg ein Politiker und ehemaliger Brigadegeneral in der Armee, war während der japanischen Okkupation ein hochrangiges Mitglied des Marionettenregimes. Ihm oblag unter anderem die sensible Aufgabe, die japanischen Truppen mit Reisvorräten zu versorgen. Nach dem Krieg wurde Roxas zunächst zusammen mit weiteren etwa 5.000 Kollaborateuren von US-amerikanischen Militärs gefangen genommen, um aber schon bald auf Anweisung von Präsident Osmeña und General MacArthur wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden. Roxas war so etwas wie der Darling MacArthurs, der ihn für fähiger als Osmeña hielt und das politische Comeback des Zöglings in der Nationalistischen Partei aktiv förderte. Damit war Roxas unmittelbar zu einem ernst zu nehmenden Konkurrenten Osmeñas geworden, den er schließlich in der ersten Nachkriegswahl ausbootete. Eine solche Karriere gelang neben Roxas knapp 50 weiteren Mitgliedern des japanischen Besatzungsregimes; sie wurden Kongressabgeordnete.

Die „Befriedung“ der Huks mit militärischen Mitteln wurde mithin begleitet von einer gezielten politischen Kooptation vormals pro-japanischer Kräfte in die Nachkriegsregierung. Das wiederum schuf die Grundlage, um nun auch wirtschaftlich und militärstrategisch die „Unabhängigkeit“ der Philippinen vorzubereiten und deren enge Bindung an die USA aufrecht zu erhalten. Ein gravierendes Problem bestand darin, die völlig zerrüttete Wirtschaft wieder anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Da dazu die Binnenressourcen nicht ausreichten, war die Regierung in Manila auf Gedeih und Verderb auf US-amerikanische Hilfslieferungen angewiesen. Im Januar 1946 hatte Paul V. McNutt, der US-Hochkommissar für die Philippinen, einen Situationsbericht verfasst und an Präsident Harry S. Truman gesandt, der die drängenden Fragen auf den Punkt brachte: „Die Lage ist kritisch“, schrieb McNutt an den Präsidenten, „augenblicklich scheint es für die philippinische Bevölkerung kaum möglich zu sein, angesichts der vom grausamsten und verheerendsten Krieg aller Zeiten geschaffenen Verwüstung und Demoralisierung, da das Land außerdem zutiefst gespalten ist in Loyalisten, Feindkollaborateure und mehrere gut

bewaffnete Gruppen, die immensen wirtschaftlichen Rehabilitationsmaßnahmen mit den Anforderungen der politischen Unabhängigkeit in Einklang zu bringen.”

Wirtschaftlich verraten und verkauft

> „Ich, [Name], schwöre feierlich, den Vereinigten Staaten von Amerika vollauf Vertrauen zu schenken und ihnen Gefolgschaft zu leisten (…) dass ich ihnen ehrenwert und treu gegen alle ihre Feinde dienen werde (…) die Befehle (…) des Präsidenten der Vereinigten Staaten und der mir übergeordneten Offiziere befolge (…) und mich gemäß der Richtlinien und Konventionen des Kriegsrechts verhalte.“

Solche und ähnliche Treueide hatte etwa eine Viertel Million Filipinos vor und nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor geleistet und damit ihr Schicksal an das der US-amerikanischen Streitkräfte gekoppelt. Im Gegenzug für diese Loyalität, zu der US-Präsident Franklin D. Roosevelt die Filipinos nachdrücklich aufgefordert hatte, stellte die Regierung in Washington den philippinischen Soldaten nach Kriegsende dieselbe Behandlung wie die ihrer amerikanischen Waffengefährten in Aussicht. Das sollte sowohl Entschädigungen als auch eine angemessene Krankenversicherung und Rente betreffen. Diesen Gleichheitsgrundsatz hatte noch im Oktober 1945 General Omar Bradley, damals Chef der Veterans Administration, bekräftigt und allen Betroffenen versichert.

Doch bereits im Februar 1946 war im US-amerikanischen Kongress ein Gesetz, der *Rescission Act*, verabschiedet und von Präsident Truman unterzeichnet worden, der genau das Gegenteil beinhaltete. Darin hieß es nunmehr, dass der von Filipinos geleistete (Kriegs-)Dienst „nicht als einer betrachtet wird, der (…) im Militär oder den nationalen Streitkräften der Vereinigten Staaten oder irgend einer anderen deren Einheiten“ erbracht worden sei. Demnach bestünde auch kein Anspruch auf eine Behandlung nach US-amerikanischem Recht, mithin auch nicht die Möglichkeit, in den Genuss etwaiger Sonderbehandlungen oder Vergütungen zu kommen. Das war, abgesehen von gezahlten Entschädigungen für Tote und Kriegsverwundete, ein Affront gegen die philippinischen Kriegsveteranen, die die Hauptlast während des Krieges trugen und im Kampf gegen einen übermächtigen Feind ausharrten, nachdem das US-amerikanische Oberkommando längst den philippinischen Commonwealth verlassen und Quartier in Australien bezogen hatte.

Nicht nur die Kriegsveteranen wurden betrogen und zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt. Gleiches geschah auch auf der Makroebene. Denn das ebenfalls von US-Präsident Roosevelt

im August 1943 abgegebene Versprechen, die Philippinen in den Genuss einer vollen Entschädigung der angerichteten Kriegsschäden kommen zu lassen, wurde nicht eingehalten. Stattdessen erhitzte die Gemüter in Washington und Manila ein langwieriges politisch-diplomatisches Gerangel um die Höhe der zu leistenden Kriegsreparationen und die Art und Weise, in welchem Zeitraum und nach welchem Modus sie auszuzahlen waren. Zwei US-Amerikaner spielten hier eine Schlüsselrolle – Senator Millard E. Tydings aus Maryland und der aus Missouri stammende Kongressabgeordnete C. Jasper Bell.

Tydings, Koautor des Tydings-McDuffie Act, der 1934 den Philippinen binnen eines Jahrzehnts die Unabhängigkeit in Aussicht gestellt hatte, setzte sich im Herbst 1945 im US-amerikanischen Senat für eine Nothilfelieferung in Höhe von ursprünglich 620 Millionen US-Dollar ein, die jedoch unverzüglich um 100 Millionen Dollar abgesenkt wurde. Darüber hinaus hatte Tydings die Zahlung solcher Leistungen von der Erfüllung bestimmter Auflagen seitens Manilas abhängig gemacht. Dazu zählten die Einrichtung einer Behörde zur Feststellung der Kriegsschäden, die *U.S.-Philippine War Damage Corporation*, sowie die Festschreibung von Gleichheitsklauseln, wonach Amerikaner in den Philippinen dieselben Rechte wie Filipinos in den USA genießen sollten. Dermaßen schleppend und ineffektiv arbeitete diese Behörde, dass erste Zahlungen erst Ende 1946 an Manila flossen und individuelle Ansprüche von philippinischer Seite nicht vor April 1947 berücksichtigt wurden. Als die War Damage Corporation 1950 ihren Betrieb einstellte, hatte sie lediglich 388 Millionen US-Dollar an über eine Million private Antragsteller ausgezahlt. Ursprünglich war mit mindestens 1,25 Milliarden Dollar an Reparationszahlungen gerechnet worden. In den Genuss dieser Zahlungen kamen ohnehin nur diejenigen, die die Nähe zum Machtzentrum genossen oder dank Schmiergelder überhaupt erst ins Auswahlverfahren gekommen waren.

Das nach dem US-Kongressabgeordneten Bell benannte Philippinische Handelsgesetz oder der *Bell Trade Act* aus dem Jahre 1946 hatte nicht nur die Empfehlungen von Senator Tydings übernommen. Dieses Gesetz ging noch weit darüber hinaus. Es akzeptierte die „parity rights“, also die Gleichheitsklauseln für Amerikaner in den Philippinen, garantierte über einen Zeitraum von acht Jahren den Freihandel mit den USA und band den philippinischen Peso an den Dollar mit der zusätzlichen Auflage, den Wechselkurs nur mit US-amerikanischer Zustimmung ändern zu können. Außerdem wurde die Verlängerung des zollfreien Handels bei bestimmten Produkten für weitere 28 Jahre festgelegt. Die wirtschaftliche Hegemonie der USA über die politisch „unabhängig“ gewordene Neokolonie Philippinen blieb bestehen – vor allem wegen der Erpressbarkeit der Regierung in Manila, insbesondere ihres Chefs und einstigen Reiseintreibers unter den Japanern, Präsident Manuel Roxas. In seine Amtszeit fiel denn auch die Entscheidung, den USA den Unterhalt

und Ausbau militärischer Stützpunkte zu gestatten und ihnen dafür ausreichend Land auf der Basis eines 99 Jahre währenden Pachtvertrags zur Verfügung zu stellen. Unterzeichnet wurde dieser „Vertrag zur Regelung der allgemeinen Beziehungen“ offiziell am 14. März 1947.

Als in den Philippinen zehn Monate nach der Kapitulation Japans das Sternenbanner eingeholt wurde und sich das Land für die endgültige Unabhängigkeit am 4. Juli 1946 rüstete, saßen alte Politiker in neuen Sätteln und gaben Großgrundbesitzer und wohlhabende Geschäftsleute wieder den Ton in Verwaltung, Wirtschaft und Politik an. Ermutigt und tatkräftig unterstützt durch eine US-Nachkriegspolitik, die an die Vorkriegs- und Kriegspolitik anknüpfte – getreu der Devise: So viel sich auch ändert, es bleibt alles beim Alten. Ein Status quo, der so ganz nach dem Gusto der Herrschenden in Washington, Manila und Tokio war.

Titelbild: danielo/shutterstock.com

Anmerkungen, Quellen & Literaturhinweise

Die in Opposition zum US-Kolonialismus gegründete Anti-Imperialist League hatte etwa 30.000 Mitglieder. Ihre prominentesten Vertreter waren: Jane Addams (1860-1935; Sozialreformerin, Pazifistin, Friedensnobelpreisträgerin 1931), Carl Schurz (1829-1906, Politiker, Senator 1869 – 1875), Mark Twain (1835-1910), William James (1842-1910, Psychologe und Philosoph), Samuel Gompers (1850-1924, Gewerkschaftsführer), Andrew Carnegie (1835-1919, Industrieller). Sie beriefen sich u.a. auf John Quincy Adams (1767-1848, US-Präsident von 1825-1829), der 1821 als Außenminister (Secretary of State) ausdrücklich davor gewarnt hatte, dass die USA ihre Rolle als Lenker eigener Wertvorstellungen einbüßten, trachteten sie danach, außerhalb ihrer Grenzen nach “Monstern zu suchen, um diese zu zerstören.” – Zitat in: John W. Kirshon (ed.): *Chronicle of America*. Mt. Kisco, NY: Chronicle Publications, 1989, S. 524 (diese und folg. Übersetzungen stammen vom Verfasser)

McKinley-Zitat in: Bernard A. Weisberger (ed.): *Reaching for Empire. The “Life” History of the United States (1890 – 1901)*, Vol. 8. New York: Time, 1964, S. 138f.

Andrew Carnegie-Zitat in: John W. Kirshon (ed.): *Chronicle of America*. Mt. Kisco, NY: Chronicle Publications, 1989, S. 527

Hernando J.. Abaya: *Betrayal in the Philippines*. New York: A.A. Wyn, Inc., 1946

Teodoro A. Agoncillo: *The Fateful Years: Japan’s Adventure in the Philippines*, 1941-45. Quezon City: R.P. Garcia Publishing Co., 1965 (2 vols.)

Leo S. Comish, Jr.: *The United States and the Philippine Hukbalahap Insurrection: 1946-54*. Carlisle Barracks, PA: U.S. Army War College, 8 March 1971

‘*Fighting Filipinos*’ *film to be finished in New Mexico*, in: Philippine Daily Inquirer (Makati City), 20 March 2020

Stanley Karnow: *In Our Image: America’s Empire in the Philippines.* New York: Random House, 1989

Benedict J. Kerkvliet: *The HUK Rebellion: A Study of Peasant Revolt in the Philippines.* Berkeley: University of California Press, 1977

William Manchester: *American Caesar.* Boston: Little, Brown and Company, 1978

Rei Okamoto Inouye: *Pictorial Propaganda in Japanese Comic Art, 1941-1945: Images of the Self and the Other in a Newspaper Strip, Single-Panel Cartoons, and Cartoon Leaflets.* Boston, MA: Northeastern University, 1999 – siehe dazu auch: Sergeant Major (SGM) Herbert A. Friedman (Ret.): *Japanese PSYOP During WWII —* psywarrior.com/JapanPSYOPWW2.html & cuitandokter.com/world-war-ii-propaganda-posters-cool-shit-propaganda.html/

William J. Pomeroy: *The Philippines: Colonialism, Collaboration, and Resistance! New York: International Publishers Co.*, 1992

Ikehata Setsuho/Ricardo Trota Jose (eds.): *The Philippines Under Japan: Occupation Policy and Reaction*. Quezon City: Ateneo de Manila University Press, 1999

Robert R. Smith: *The Hukbalahap Insurgency: Economic, Political, and Military Factors.* Washington, D.C.: Office of the Chief of Military History, 1963

David Joel Steinberg: *Philippine Collaboration* in World War II. Ann Arbor: Michigan University Press, 1967

Luis Taruc: *Born of the People.* Bombay: People’s Publishing House, Ltd., 1953

Luis Taruc über die Agrarverhältnisse auf der nordphilippinischen Insel Luzon in den 1940er Jahren und den Kampf der Hukbalahap gegen die japanischen Invasoren:

youtube.com/watch?v=u5GCLfJePxs & youtube.com/watch?v=ATRcR2KUjIQ

Harri Thuerk: *Nachts weint die Sampaguita. Kampf und Niederlage der Huk auf den Philippinen.* Berlin (Ost): Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1980

Napoleon Valeriano (Colonel, AFP): *Military Operations*, in: *Counter-Guerrilla Operations in the Philippines 1946-53.* Ft. Bragg, NC: U.S. Army Special Forces Center and School, 15 June 1961

Rainer Werning/Jörg Schwieger (Hg): *Handbuch Philippinen – Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur.* Berlin: regiospectra Verlag, 2019 (6. Aufl.)

Jim Zwick (ed.): *Mark Twain’s Weapons of Satire: Anti-imperialist Writings on the Philippine-American War.* Syracuse, NY: Syracuse University Press, 1992 ###